

Kulturpolitik in Peru



Prof. Dr. Enrique Banús,
Direktor des Centro
Cultural & Professor an
der Universität Piura



Maria Fernanda Flores,
Centro Cultural an der
Universität Piura



Maria Llana, Centro
Cultural an der Universi-
tät Piura



Maria Alejandra Salgado,
Centro Cultural an der
Universität Piura

Vom Ministerium und seiner Geschichte

Im Jahr 1970 rief die UNESCO zum ersten Mal die Regierungen zusammen, um über Kulturpolitik zu beraten. Im Schlussdokument jener ersten Weltkonferenz zur Kulturpolitik in Venedig, an der 88 Mitgliedsstaaten teilnahmen, wurde dazu aufgerufen, im Staatshaushalt feste Budgets für Kultur zu etablieren. Davon inspiriert wurden in zahlreichen Ländern staatliche Einrichtungen mit Zuständigkeit für Kultur aufgebaut. In Peru entstand im Jahr darauf zwar noch kein Kulturministerium, aber immerhin ein Nationales Institut für Kultur (Instituto Nacional de Cultura). Erst 2010 wurde daraus (auf Impuls eines Frankreich bewundernden Präsidenten) ein Ministerium. Damit endete eine lange Vorgeschichte, die bis 1962 mit der Gründung einer Casa de la Cultura in die Zeit einer Militärregierung zurückreicht.

Peru ist eine semipräsidentiale Republik. 34 Millionen Menschen leben auf einem Gebiet von 1,3 Mio. Quadratkilometern. Das nominale Bruttoinlandsprodukt beläuft sich auf 280 Mrd. US-Dollar, damit liegt Peru weltweit auf dem 49. Platz. Das Kulturministerium, das weiter unten

im Detail vorgestellt wird, ist eines von 18 Ministerien in der Regierung unter Präsidentin Dina Boluarte. Für das Jahr 2024 ist ein Budget für Kultur von umgerechnet 198,25 Millionen US-Dollar vorgesehen, was 0,3% des Gesamtbudgets ausmacht. Der derzeitige Minister Alfredo Valencia Gibaja ist ein parteiloser Rechtsanwalt – die meisten Regierungsmitglieder gehören keiner Partei an – mit langer Erfahrung in Denkmalschutzfragen, der schon verschiedene Ämter im Ministerium bekleidet hat.

Der Rahmen: die kulturpolitische Strategie »Política Nacional de Cultura al 2030«

Seit den 1970er Jahren entstehen in Peru Strategiepapiere für die Kulturpolitik, so in den Jahren 1977, 1983, 2002 und 2012. Nach langer Vorarbeit entstand 2020 ein Dokument, das als Richtschnur für die Kulturpolitik der Zukunft gelten sollte: die »Política Nacional de Cultura al 2030« (PNC). Sie unterscheidet sich von früheren oft überbordenden Ansätzen, weil hier eine konkrete Analyse und Zielbestimmung zugrunde liegt: Als Problem wird insbesondere die beschränkte Realisierung der kulturellen Rechte herausgestellt, als Ziele (unterlegt mit Indikatoren) werden benannt:

Vielfalt, Teilnahme am Kulturleben, nachhaltige Entwicklung der Kultur- und Kreativwirtschaft, Denkmalschutz und Governance. Gleichwohl ist die vorgesehene Zeitspanne, die auch noch durch die Covid-Zeit verkürzt wurde, sicherlich nicht ausreichend für die angestrebten ehrgeizigen Ziele.

Und es bleibt kritisch zu hinterfragen, wie sehr sich das Ministerium an dieser eigenen Strategie orientiert. Die Tätigkeitsberichte der letzten Jahre erwähnen es kaum und stellen ausführlich folgende drei Bereiche in das Zentrum:

Schwerpunkt: Kulturelles Erbe

Perus Reichtum an Kulturdenkmälern ist weltberühmt. Schon ein Jahr nach der Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1821 entstand das erste Dekret (»Decreto Supremo«) zum Schutz der archäologischen Kulturgüter. Darin wird die Schaffung des Nationalmuseums angeordnet sowie ein Verbot ausgesprochen, archäologische Kulturgüter ohne Erlaubnis der Regierung zu entnehmen. Die Sorge um diese Kulturschätze wird sich seitdem über all die Jahrzehnte erstrecken, oft mit der Idee an eine nationale Identität gekoppelt. Zahlreiche rechtliche Bestimmungen und Maßnah-

men bilden nach und nach ein dichtes »Fürsorgewerk« für dieses kulturelle Erbe. Das Ministerium für Kultur übernimmt diese Priorität mit Bestimmungen zur obligaten Registrierung aller Keramik-, Metall- oder Textilstücke aus vorspanischer Zeit und mit der Sorge um die »wak'a« oder »huacas« der Inka und anderer Kulturen. Es handelt sich um eine Herkules-Aufgabe, denn allein um Lima bestehen mehr als 300 solcher Stätten, von denen allerdings nur ein halbes Dutzend für den Besuch offensteht. 2023 sind 73 dieser Denkmäler saniert worden. Besonderes Interesse gilt dem Qhapaq Ñan, der inkaischen Handelsroute über mehrere Länder.

Die Generaldirektion für Museen, der die Verwaltung von 56 Museen im ganzen Land obliegt, kümmert sich um die Registrierung aller archäologischen Kulturgüter, womit auch deren verbotene Ausfuhr verhindert werden soll. Doch jedes Jahr werden vorwiegend bei Auktionskatalogen solche Güter identifiziert und dann mit Hilfe des Innen- und Außenministeriums, der Botschaften und von Interpol zurückgebracht: 316 Kulturgüter im Jahr 2022 und 400 im Jahr 2023.

Viele Vereine beteiligen sich an der Pflege der Kulturdenkmäler auf freiwillige Weise; das Ministerium unterstützt vor allem mit Bildungsmaßnahmen. Noch sehr im Anfangsstadium befindlich ist die Möglichkeit, private Finanzierung für den Denkmalschutz zu mobilisieren, motiviert durch fiskalische Anreize. Im Jahr 2015 erließ die Regierung ein Dekret, um dies zu ermöglichen. Schnell formierte sich vom allem in Süden um Cusco Widerstand dagegen, mit dem unwahren, aber wirksamen Argument, der Staat würde die Kulturdenkmäler privatisieren wollen, und diese Chance verfiel. Kürzlich hat das Ministerium zusammen mit der staatlichen Agentur zur Förderung der Privatinvestitionen dieses Anliegen in einer bescheidenen Form wieder aufgegriffen, um das Geschäftsleben in der unmittelbaren Umgebung von sechs »huacas« in der Region Lima anzukurbeln.

Die Verantwortung für Kulturgut aus Zeiten des Vizekönigreichs oder der Republik soll dagegen weitestgehend auf kommunaler Ebene liegen. In Lima wird seit Jahren eine Aktion großzügig finanziert, mit der einige Gebäude und Plätze instand gesetzt werden konnten.

Ähnliche Projekte werden zurzeit für Cusco, Arequipa, Trujillo und Ayacucho erarbeitet, aber in vielen andere Städten fehlen solche Aktivitäten.

Schwerpunkt: Kultur- und Kreativindustrie und die Künste

Im Kulturministerium ist ein Vizeminister, unterlegt mit 6 Abteilungen, zuständig für Kultur- und Kreativindustrie und die Kunstförderung, aber auch für die fünf Nationalensemble und das moderne, prestigeträchtige Nationaltheater mit mehr als 1400 Sitzen. Ein Blick auf die jüngsten Jahresberichte zeigt eine außerordentliche Vielfalt an Aktionen in allen erdenklichen Bereichen der Kulturpolitik. Vieles läuft über den Weg der »estimulos económicos«, also der Finanzförderung gemäß Programmen mit Auswahlverfahren. Buch und vor allem Film genießen besondere Aufmerksamkeit, das zeigen auch die 23 existierenden Programme zur Filmförderung; Peru fördert die heimische Filmindustrie – schon mit gewissem Erfolg auch in der regionalen Filmproduktion – jener, die abseits von Lima produziert wurde.



Für die Förderung der Kultur und der Kultur- und Kreativindustrie gibt es eine kaum überschaubare Anzahl an Maßnahmen – gleichwohl stellt sich die Frage nach einer Konzeptorientierung. Kritisiert wird die Kulturpolitik durchaus aus verschiedenen Perspektiven: Während sie einerseits als neoliberal und nur am Kommerziellen interessiert wahrgenommen wird, gilt sie anderen als eher links ideologisch geprägt. Vielleicht ist eklektisch die passendere

Bezeichnung – in einem äußerst komplizierten Haus, in dem jüngst Proteste um die Eintrittskarten für Machu Picchu schließlich zum Rücktritt einer Ministerin geführt haben, die sich seit dem Jahr 2022 gehalten hatte, in dem drei weitere Ministerinnen und zwei Minister sich die Türklinke in die Hand gaben.

Schwerpunkt: Interkulturalität

Schon in den Debatten um die Schaffung eines Kulturministeriums insistierte das Parlament auf die interkulturellen Aspekte, was logisch scheint, wenn man zum Beispiel bedenkt, dass neben Spanisch 48 andere Sprachen im Land gesprochen werden. Viele Bereiche umfasst das entsprechende zweite Department innerhalb des Kulturministeriums mit einem eigenen Vizeminister. Es soll die Sprachenvielfalt in allen Verwaltungsstellen garantieren; mit Schiffen und Kleinflugzeugen bringt die staatliche Verwaltung sie auch an die entlegenen Orte. Die Initiative »Peru ohne Rassismus« oder Übersetzungen in die verschiedenen Sprachen gehören zum Arbeitsfeld sowie auch die Förderung der afroperuanischen Bevölkerung.

Ein Schwerpunkt besteht in der Wahrung der Rechte indigener Völker, zu denen sich Peru im Rahmen der Konvention 160 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verpflichtet hat, so das Recht, konsultiert und beteiligt zu werden. Im Jahre 2023 sind hierzu seitens des Ministeriums 14 Verfahren eingeleitet worden. Auch die territoriale Verwaltung der PIACI, also der indigenen isolierten oder kaum kontaktierten Bevölkerung, liegt im Aufgabenbereich. Insgesamt wird allerdings nur weniger als 1 Prozent des Budgets des Kulturministeriums für all diese Aktionen verwendet. Die größte Bedrohung vor allem für Kulturen im Amazonasgebiet liegt allerdings in der Ausbeutung des Urwaldes aus rein kommerziellen Gesichtspunkten.

»Plural is beautiful«

In einem Bundesstaat erübrigt es sich, von Dezentralisierung als Ziel zu sprechen. In einem seit langem stark zentralisierten Staat wie Peru ist es ein Muss. In der Verfassung von Peru von 1993 wird die Dezentralisierung als grundlegendes Prinzip anerkannt; die Übertragung der Zuständigkeiten an die Regional- und Gemeinderegierungen geschah schon in der ersten Dekade des Jahrhunderts. Allerdings verfügen nur sehr wenige Regionalregierungen



vlnr: María Fernanda Flores, María Llana, María Alejandra Salgado, Enrique Banús
 Prof. Dr. Enrique Banús, Direktor des Centro Cultural & Professor an der Universität Piura und Team

und Gemeinden über eine strukturierte Kulturpolitik, obwohl seitens des Ministeriums – allerdings auch nicht mit viel Verve – Unterstützung geboten wird. Zwar werden auf kommunaler Ebene zahlreiche kulturelle Aktivitäten durchgeführt und auch manche Kulturinstitutionen wie Bibliotheken, Theater oder Auditorien unterhalten, doch über punktuelle Aktionen hinaus findet sich oft kein Konzept. Die transparente jährliche Darstellung der Budgets der öffentlichen Hand offenbart, dass der Grund nicht im Fehlen finanzieller Mittel liegt. Im Jahresbudget sind stets Investitionen im Bereich Kultur vorgesehen, doch ein Gutteil dieser Gelder wird nicht ausgegeben und dem Finanzministerium zurückgegeben.

Schön wäre es also, wenn in Zukunft nicht von Kulturpolitik, sondern von Kulturpolitiken in Peru die Rede sein könnte – und dies in programmatischer Hinsicht und bezogen auf die entsprechenden Gebietskörperschaften.

Fazit

So fällt die Bilanz differenziert aus: Die Voraussetzungen für eine konzeptbasierte Kulturpolitik in Peru sind eindeutig gegeben. Auch ist ein vielfältiges Agieren des Kulturministeriums im Rahmen eines weiten Auftrags gegeben. Der Schwerpunkt liegt im Schutz des reichen und über das weite und teilweise schwer zugängliche Territorium verstreuten archäologischen Kulturguts. Daneben müht sich das Ministerium auch in der Förderung zahlreicher Aktivitäten unterschiedlicher Sparten. Wäre weniger mehr? Und eine Priorisierung im Sinne einer konzeptbasierten Kulturpolitik sinnvoller?

Es fällt auf, dass die großen Leitlinien eines richtungweisenden Dokuments wie die kulturpolitische Strategie »Política Nacional de Cultura al 2030« nicht das »reale Leben« des Ministeriums prägen. Der Kulturpolitik des Ministeriums, wie sie in den Jahresberichten 2022 oder 2023 dargestellt ist,

fehlt gerade die Reaktion auf die darin dargestellte notwendige Fokussierung auf die Realisierung von kulturellen Rechten – oder einer anderen einheitsstiftenden Richtschnur.

Am Ende soll ein weiterer Aspekt kurz erwähnt werden, der die Grenzen des Artikels sprengt: die Verknüpfung von Kultur und Tourismus. Peru ist ein für Touristen (spezifisch Kulturtouristen) attraktives Land, allerdings konzentriert auf wenige Ziele vorwiegend im Süden des Landes (Stichwort: Machu Picchu), während vielerorts Kulturdenkmäler schlecht erreichbar und mit infrastrukturellen Mängeln noch der Erkundung seitens vor allem des innerperuanischen Tourismus harren, was sicherlich sehr positive wirtschaftliche und soziale Folgen hätte. Auch dies hat zu tun mit dem bereits beschriebenen Defizit, dass man immer auf die eine eher zentral ausgerichtete Kulturpolitik schaut, während die regionalen oder lokalen Kulturpolitiken bislang wenig ausgeprägt sind. ■